

**Bezirkliches Wahlprogramm 2016**

**„MARZAHN-HELLERSDORF SOZIAL GERECHT FÜR ALLE!“**

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Präambel WAS WILL DIE LINKE?	2
<b>I. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND CHANCENGLEICHHEIT!</b>	<b>3</b>
Gute Bildung für alle	3
Ein Bezirk für Familien	4
Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche	4
Arbeit, sinnvolle Beschäftigung und Ausbildung für alle	5
Ein menschenwürdiges Leben für alle	5
Gleichstellung leben	5
Selbstbestimmt im Alter	6
Für eine solidarische Gesundheitspolitik	7
Keine Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen!	7
<b>II. MARZAHN-HELLERSDORF - EIN ZUHAUSE FÜR ALLE</b>	<b>8</b>
Gutes Wohnen soll bezahlbar bleiben	8
Die Platte lebt!	8
Dorfkerne und Siedlungsgebiete - Teil der modernen Großstadt	9
<b>III. MEHR DEMOKRATIE!</b>	<b>..9</b>
Bürgerhaushalt weiterentwickeln	..9
Direkte Demokratie im Bezirk ausbauen	10
Aufbruch ins digitale Zeitalter	10
Zivilgesellschaft stärken	11
Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt	11
Zugang für alle zu Kultur	12
Musikschulen, Bibliotheken und Volkshochschule unterstützen	13
Ein vielfältiges Sportangebot fördern	13
<b>IV. MARZAHN-HELLERSDORF - NACHHALTIG UND GRÜN</b>	<b>14</b>
Chancen für die Wirtschaft in der Region stärken	14
Marzahn-Hellersdorf - eine „grüne Stadt“ mit Zukunft	14
Für eine aktive Klimaschutzpolitik	14
Umwelt- und Naturschutz hat hohen Stellenwert (BW)	15
Mobilität für alle - für ein nachhaltiges Verkehrskonzept	15
<b>V. DIE LINKE - BÜRGERNAH UND TRANSPARENT VOR ORT</b>	<b>16</b>

## **WAS WILL DIE LINKE?**

Das politische Wirken der Partei DIE LINKE ist darauf gerichtet, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Lebensbedingungen und die Lebensqualität zu verbessern. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft ohne Krieg und ohne Ausbeutung in einer intakten Umwelt, eine gesellschaftliche Ordnung, die wirklich demokratisch ist und Menschen nicht ausgrenzt.

Für DIE LINKE sind deshalb die demokratische Gestaltung der Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit Kern der gesellschaftlichen Veränderung. DIE LINKE kämpft für die schrittweise Beseitigung der Ursachen von Kriegen und für die gerechte Verteilung des Reichtums, für den demokratischen Sozialismus.

DIE LINKE bleibt in ihrem außerparlamentarischen und parlamentarischen Wirken dem Grundsatz treu, dass sich die Bundesrepublik Deutschland niemals an Interventionskriegen beteiligen darf. Wir treten für eine Politik ein, die sich gegen die soziale Spaltung und Ausgrenzung in unserem Land und der Europäischen Union stemmt: Wachsender Reichtum einiger Menschen und zugleich Verarmung von arbeitslosen, kranken und älteren Menschen, aber auch von Erwerbstätigen, insbesondere im Niedriglohnsektor.

DIE LINKE tritt für einen wirtschaftlich, finanziell und infrastrukturell starken Bezirk Marzahn-Hellersdorf ein, in dem der soziale Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit und eine Demokratie, beruhend auf transparenten und interkulturellen Strukturen sowie bürgerschaftlichen Engagement, bestimmend sind.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf stellt sich den Herausforderungen, die sich aus den konkreten Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner ergeben. Wesentliche Handlungsfelder unserer bezirklichen Sozialpolitik sind und bleiben die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der wachsenden Kinder- und Altersarmut, die Überwindung der Defizite in der Migrations- und Integrationspolitik sowie der demografische Wandel.

DIE LINKE wird dafür in Marzahn-Hellersdorf mit allen demokratischen Kräften eng zusammenarbeiten und dabei eigene Akzente bei der Entwicklung in unserem Bezirk setzen. Hierzu gehört ebenso das abgestimmte gemeinsame politische Handeln gegen jegliche Spielart von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Faschismus. DIE LINKE hält die Kahlschlagpolitik des Senats gegenüber den Bezirken für unverantwortlich und steht für die spürbare personelle und professionelle Stärkung insbesondere der Bildungseinrichtungen im Bezirk sowie der mit Bürgeranliegen befassten Verwaltungen vor Ort. Der Anspruch, Marzahn-Hellersdorf als lebenswerten Standort in einer wachsenden Stadt zu erhalten, muss auch finanziell abgesichert werden.

Für die spezifische Entwicklung in den unterschiedlichen Siedlungsformen des Bezirkes ergibt sich eine politische Gesamtverantwortung des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), die nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und Akteuren vor Ort zu realisieren ist.

Die gegenwärtige Herausforderung besteht auch im Bezirk darin, bei ausreichender Unterstützung der nach Deutschland geflüchteten Menschen die Hilfen für alle bereits im Bezirk Wohnenden auszubauen. Diese Hilfen sind in allen Bereichen zu verstärken, wie dies von der LINKEN seit Jahren vehement eingefordert wird. Nur so hat die notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine Aussicht auf langfristigen Erfolg.

DIE LINKE steht für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie für die offensivere Auseinandersetzung mit allen Formen des Rassismus. Wir treten entschieden gegen rassistische, rechtsextremistische und antisemitische Erscheinungen und Gewalt ein. DIE LINKE engagiert sich gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Kultur, Weltanschauung, Religion oder sexuellen Orientierung.

## I. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND CHANCENGLEICHHEIT!

Marzahn-Hellersdorf wird vielfältiger und bunter, ist Teil der wachsenden Stadt Berlin und ein guter Standort zum Wohnen, Arbeiten und Leben für Menschen aller Generationen und verschiedenster Herkunft. Auch sozial benachteiligte Menschen und Geflüchtete finden hier als gleichberechtigte Nachbarn ihr Zuhause. Dafür arbeitet DIE LINKE vor Ort in zahlreichen Projekten aktiv und an entscheidenden Stellen mit.

### **Gute Bildung für alle**

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf schulische Bildung, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, weltanschaulicher und religiöser Überzeugung, Behinderung, sexueller Identität und Orientierung sowie aufenthaltsrechtlicher Situation.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Lernerfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Alle sollen die gleichen guten Bildungschancen bekommen und individuell gefördert werden.

Das beginnt mit einem wohnortnahen Betreuungsplatz für die Kinder entsprechend dem Rechtsanspruch. Hier setzt DIE LINKE gemeinsam mit vielen Trägern ihre Initiativen für neue Kindergärten fort. DIE LINKE wird dafür eintreten, dass der Kita-Ausbau beschleunigt wird und der Bezirk wieder kommunale Kindertagesstätten plant und baut.

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Deshalb fordert DIE LINKE:

- die Abschaffung der Bedarfsprüfung und von Zusatzbeiträgen sowie eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung,
- den Ausbau der Platzkapazitäten,
- eine hohe Qualität der vorschulischen Förderung einschließlich des Anspruchs auf Inklusion,
- eine zielgerichtete Sprachförderung in allen Kindertagesstätten, die ausreichende Ausstattung mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal,
- die Kitagutscheinstelle bedarfsgerecht mit Personal auszustatten.

DIE LINKE befürwortet, Kinderbetreuungsangebote den flexiblen Arbeitszeiten der Eltern anzupassen.

Seit einigen Jahren steigt die Anzahl der Kinder in Marzahn-Hellersdorf wieder deutlich an.

Dafür brauchen wir nicht nur mehr Kitas, sondern auch wieder mehr Schulen. Bisher wurde darauf jedoch nicht rechtzeitig und in ausreichendem Maße reagiert.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf fordert

- die Errichtung neuer bzw. die Reaktivierung ehemaliger Schulstandorte.
- die planmäßige Sanierung der Bestandsschulen, damit zukünftig Schulschließungen wegen Baufälligkeit und Gefährdung der Gesundheit von Schülerinnen und Schülern ausgeschlossen werden. Hierzu sind alle Mittel in Anspruch zu nehmen, die dem Bezirk zur Verfügung stehen.
- eine qualitativ und quantitativ ausreichende personelle Ausstattung aller Bildungseinrichtungen als Voraussetzung einer erfolgreichen Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen.

Vorrang soll das gemeinsame Lernen von der Einschulung bis zum Abitur in Gemeinschaftsschulen haben.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf unterstützt alle Schulen, die am Gemeinschaftsschulprojekt teilnehmen möchten. Gemeinschaftsschulen sind am besten geeignet, die enge Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu durchbrechen und damit allen Kindern gleiche Bildungschancen einzuräumen. Dazu muss es auch in Marzahn-Hellersdorf ermöglicht werden, an mindestens einer Gemeinschaftsschule bis zum Abitur zu lernen.

Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien müssen besondere Hinwendung und Förderung erhalten. Schulen in sozialen Brennpunktkiezen müssen mit verschiedenen Maßnahmen verstärkt unterstützt werden. Zugleich befürwortet DIE LINKE eine Unterstützung von schulischen und außerschulischen Förderangeboten für besondere Begabungen für alle Kinder und Jugendliche.

DIE LINKE fordert die Durchsetzung des in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerten universellen Gebotes der menschlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen an allen Schulen im Bezirk.

Unter großem Einsatz vieler Pädagoginnen und Pädagogen und beispielhaft für ganz Berlin haben sich in Marzahn-Hellersdorf Schulen bereits auf den Weg zur inklusiven Schule gemacht, die sogenannten INKA-Schulen. Das vorbildliche Modellprojekt, das es in 15 Grundschulen und 5 Integrierten Sekundarschulen bereits gibt, gilt es weiterzuführen und auszubauen.

Die Bildung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen, darunter Geflüchteten, ist eine dauerhaft im Bildungssystem zu lösende Aufgabe. Damit dürfen die Schulen nicht alleingelassen werden, sie brauchen eine ständige und starke Unterstützung des Bildungssenates, des Bezirksamtes und vieler Helferinnen und Helfer aus Vereinen, Verbänden und der Gesellschaft. Die Schulsozialarbeit ist an allen Schulen zu stärken.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen Kindern in Kitas und Schulen ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen im Land Berlin die materiellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. DIE LINKE fordert, dies als Rechtsanspruch zu verankern. DIE LINKE strebt an, alle Chancen, die sich durch die Alice-Salomon-Hochschule und die Oberstufenzentren in unserem Bezirk ergeben, zu nutzen. Vorhandene Kooperationen wie in der universitären Ausbildung für Kindheitspädagogik sind auszubauen, neue im kreativen Miteinander zu erschließen.

### **Ein Bezirk für Familien**

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf setzt sich dafür ein, dass jede Form des freiwilligen Zusammenlebens von Menschen geachtet, unterstützt und gefördert wird. DIE LINKE steht für die Unterstützung und Förderung aller Lebensgemeinschaften, die Kinder erziehen oder Hilfsbedürftige betreuen. DIE LINKE tritt familienpolitisch für eine Grundsicherung ein sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

DIE LINKE hat im Bezirksamt durchgesetzt, dass in jedem Stadtteil Familienzentren eingerichtet werden konnten. Es sind Angebote, die allen Familien offenstehen, von Beratung bis Freizeit. DIE LINKE wird für den Aufbau weiterer solcher Zentren und die Sicherung der vorhandenen Angebote streiten.

Berlinweit beispielhaft ist die Einführung des Familiengutscheins in Marzahn-Hellersdorf für alle Eltern von Neugeborenen auf besondere Initiative der von der Partei DIE LINKE gestellten Bezirksstadträtinnen. Wir wollen auch künftig damit die kostenlose Nutzung von spezifischen Angeboten wie Babymassage, Erziehungsberatung und Eltern-Kind-Gruppen ermöglichen.

Das Programm „Frühe Hilfen“ soll fortgesetzt, und die Ergebnisse aus dem Modellvorhaben der Präventionskette für Kinder und Jugendliche sollen verstetigt werden.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf sieht Hilfen zur Erziehung als einen wichtigen Pfeiler in der Unterstützung von Familien. Kinder und ihre Familien haben ein gesetzlich verankertes Recht auf die Hilfe, die sie benötigen. Die Verantwortung für die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten im Bezirk hat das Jugendamt. DIE LINKE fordert für die genannten Aufgaben vom Land eine sachgerechte Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen.

### **Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche**

Gesellschaftliche Teilhabe muss auch das Recht umfassen, an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein. In diesem Sinne unterstützt DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf die Forderung nach der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zum Deutschen Bundestag.

DIE LINKE will unbürokratische Möglichkeiten schaffen, dass Kinder und Jugendliche eigene Projekte verwirklichen können. Wir fordern, dass Bauprojekte wie Skaterampfen, Freizeitsportanlagen und Spielplätze unter Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen gestaltet werden. Neben dem Neubau von Spielplätzen soll die Qualität der bestehenden erhöht werden. Dazu gehören regelmäßige Überprüfungen der Spielmöglichkeiten, der Qualität und Sicherheit der Spielplätze unter Einbeziehung der Kinder und die folgende Instandhaltung.

Jugendeinrichtungen, Kieztreffs und Spielplätze sollen Freiräume für die Entfaltung von Kreativität und Selbstbestimmung junger Menschen sein. In einer wachsenden Stadt werden mehr Jugendklubs, Freizeiteinrichtungen und Spielplätze für mehr Kinder und Jugendliche gebraucht. Daher wird sich DIE LINKE im Bezirk auch weiterhin starkmachen, die bestehenden Angebote zu erhalten und neue zu eröffnen. Sie wird den Neubau eines Jugendklubs in Mahlsdorf-Nord wieder auf die Tagesordnung setzen und in Biesdorf-Nord/Marzahn-Süd die Neueröffnung eines Jugendtreffs voranbringen.

DIE LINKE setzt sich für die weitere Stärkung des kostenfreien bezirklichen Ferienfreizeitprogramms ein. SPD und CDU haben im Land und im Bezirk einen massiven Stellenabbau gegen den Widerstand der LINKEN durchgesetzt. In der Folge mussten alle bis dahin bezirklichen Jugendklubs in freie Trägerschaft an gemeinnützige Vereine übergeben werden. DIE LINKE konnte erreichen, dass dafür die notwendigen Mittel für Personal und Sachkosten bereitgestellt wurden.

## **Arbeit, sinnvolle Beschäftigung und Ausbildung für alle**

Ausbildung und eine sinnvolle und existenzsichernde Beschäftigung für alle, die im beschäftigungsfähigen Alter sind – das ist eine wesentliche Forderung der LINKEN, die auch auf Bezirksebene von der Linksfraktion in der BVV verfolgt wird.

Für uns ist nach wie vor die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit eine wesentliche Aufgabe.

Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin, jede und jeder Jugendliche soll eine berufliche Perspektive haben.

DIE LINKE setzt sich ein für die weitere Förderung der Verbundausbildung sowie die Beibehaltung und Sicherung der bislang entstandenen Ausbildungsverbände. Die Ausbildung im Öffentlichen Dienst muss auch zur Einstellung der Auszubildenden in der Verwaltung führen.

Unser Bezirk zeichnet sich bereits jetzt dadurch aus, dass mehr als anderswo Projekte der Arbeitsförderung umgesetzt werden. Den Bildungs- und Arbeitsförderträgern im Bezirk messen wir große Bedeutung zu. Wir fordern gegenüber dem Bezirksamt Aktivitäten ein, dass über Maßnahmen der Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose eine sinnvolle Beschäftigung geschaffen wird. Insbesondere kulturelle und andere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden durch den Rückgang der Arbeitsförderung gefährdet.

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung sozialraumorientierter, das heißt auf den Stadtteil und das Wohnumfeld bezogener Angebote zum Abbau von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit ein. Sie steht für die Fortsetzung des Projektes „Langzeitarbeitslosigkeit und Gesundheit“ im engen Zusammenwirken von Bezirk, Krankenkassen und Jobcenter unter Einbeziehung von Stadtteilzentren.

Zu unseren Forderungen gehört die Beendigung des Stellenabbaus in der öffentlichen Verwaltung. Es geht um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen entsprechend dem Bedarf, damit die Verwaltung ihren Aufgaben uneingeschränkt nachkommen kann.

## **Ein menschenwürdiges Leben für alle**

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner Behinderung, seiner Weltanschauung, Religion oder seiner sexuellen Orientierung das Recht auf soziale Sicherheit, Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnraum sowie Chancengerechtigkeit gesichert ist.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf kämpft deshalb dafür,

- alle Ressourcen zu nutzen, um gute Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren,
- dass Arbeit tariflich entlohnt und existenzsichernd sein muss,
- alle Aktivitäten zu stärken, die Arbeit und Ausbildung auch für Flüchtlinge schaffen,
- Sozial- und Schuldnerberatungen für Bürgerinnen und Bürger zu sichern,
- die Arbeit der Sozialkommissionen fortzusetzen,
- dass die Arbeit der sozialen Stadtteilzentren weitergeführt wird und ein weiteres Stadtteilzentrum in Mahlsdorf Süd geschaffen wird,
- die psychosoziale Beratung und die Suchtberatung im Bezirk abzusichern,
- die sozialräumliche Sozialberichterstattung zur Grundlage einer transparenten und demokratischen bezirklichen Sozialplanung fortzuführen,
- dass die freien Träger in notwendiger Höhe mit Finanzmitteln ausgestattet werden.

## **Gleichstellung leben**

Die Verletzungen von Gleichheit und Gleichberechtigung sind zu allererst auch Verletzungen der grundgesetzlich geschützten menschlichen Würde. Insbesondere müssen offene, aber auch teilweise verdeckte, in der Öffentlichkeit geduldete alltägliche Diskriminierungen aus Gründen der Identität und Herkunft, der religiösen und politischen Anschauungen sowie der sexuellen Orientierung allseitig gesellschaftlich geächtet und bekämpft werden. DIE LINKE tritt ein für Chancengleichheit und tatsächliche sowie rechtliche Gleichstellung aller Menschen. Sie berücksichtigt die unterschiedlichen Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Frauen und Männer, um mehr Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. So verstehen wir Gleichstellungspolitik als Thema, das in allen

Politikbereichen berücksichtigt werden muss.

DIE LINKE fordert ein stärkeres Engagement des Bezirks gegen Homo- und Transphobie und den Ausbau einer Kontakt- und Beratungsstelle sowie eine deutlichere Verankerung dieses Themas in der soziokulturellen Angebotsstruktur.

Der strukturellen Benachteiligung und Diskriminierung von Mädchen und Frauen wirkt DIE LINKE mit der gezielten Förderung von Mädchen- und Frauenprojekten entgegen. Sie unterstützt insbesondere geschlechterdifferenzierte Angebote in den Bereichen Beratung und Unterstützung bzw. Hilfe zur Selbsthilfe, Weiterbildung, Beschäftigungsförderung sowie Freizeitgestaltung. Marzahn-Hellersdorf braucht eine Vielfalt an Angeboten, um den ganz unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Mädchen im Bezirk Rechnung zu tragen. Die Erweiterung spezifischer Angebote für Frauen muss dem Bedarf vor Ort entsprechen, überproportional finanzierte Prestigeprojekte lehnt DIE LINKE ab.

Insbesondere für junge Frauen und Mädchen müssen Angebote gefördert und stärker publik gemacht werden. Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen hierfür Kooperationspartner sein. Themen wie Gesundheitsförderung, Sexualerziehung und verantwortungsvolle Aufklärung sollen im Bereich der Mädchenprojekte eine besondere Förderung erfahren. DIE LINKE tritt für die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern ein und fordert eine stärkere Beteiligung des Bezirks am Equal Pay Day.

Zur Stärkung von Frauen befördert DIE LINKE insbesondere deren wirtschaftliche Selbstständigkeit, darauf ist auch die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Bündnis für Wirtschaft und Arbeit ausgerichtet.

DIE LINKE engagiert sich für ein wirksames Handeln gegen häusliche Gewalt und deren Ursachen, für den Erhalt der Zufluchtwohnungen für Frauen im Bezirk und für die Sicherung der Rechte geflüchteter Frauen. Zugleich werden Projekte unterstützt, die das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit rücken, wie der Aktionstag gegen häusliche Gewalt an Frauen.

Bei der Besetzung von Ämtern und Funktionsstellen tritt DIE LINKE mit einer geschlechtergerechten Quotierung dafür ein, Chancengleichheit zu realisieren.

Das herausragende Engagement von Frauen und Mädchen im Bezirk soll stärker öffentlich gewürdigt werden.

### **Selbstbestimmt im Alter**

Auch der einstmals jüngste Bezirk Berlins wird älter und reifer. Die ersten Bewohnerinnen und Bewohner der Großsiedlungen kommen nach und nach ins Ruhestandsalter. Das heißt, ihre Bedürfnisse ändern sich. DIE LINKE tritt zur Lösung der durch die demografische Entwicklung in unserem Bezirk entstehenden Probleme und Fragen für veränderte Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote und eine flächendeckende Erreichbarkeit mit dem Nahverkehr für alle Stadtteile ein.

DIE LINKE tritt nach wie vor für den Kampf um Rentengerechtigkeit durch die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West und für die Aufhebung jeglicher Form des Rentenstrafrechtes ein und damit für Vermeidung von Altersarmut.

DIE LINKE kämpft für einen seniorenfreundlichen Bezirk und tritt für ein Leben in Würde, selbstbestimmt und ohne Diskriminierungen ein.

Bei der Schaffung von bezirklichen Rahmenbedingungen für eine umfassende Teilhabe älterer Menschen am Leben stellt sich DIE LINKE folgende Aufgaben:

- Unterstützung ihrer selbstbestimmten Netzwerke wie der bezirklichen Seniorenvertretung,
- Nutzung der Erfahrungen Älterer in den Sozialkommissionen der Stadtteile,
- Fortsetzung der bezirklichen Altenplanung und der gemeinsamen Arbeit im Beirat zu ihrer Umsetzung,
- Mobilisierung der Älteren - auch mit Migrationshintergrund - zur aktiven Teilnahme an den Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bezirk,
- Schaffung weiterer Angebote für altersgerechtes Wohnen,
- Unterstützung für eine jährliche Durchführung der bezirklichen Senioren-BVV
- Erhalt bzw. Ausbau von bezirklichen Pflegestützpunkten,
- Fortführung und Ausgestaltung des Konzeptes „Wohnen bis ins Alter barrierefrei,

familienfreundlich und generationsübergreifend“ und des Projektes „Demenzfreundliche Kommune“ in Kooperation mit Wohnungsunternehmen

- Förderung wohnortnaher Veranstaltungen und Begegnungsstätten in den Kiezen.

### **Für eine solidarische Gesundheitspolitik**

Für DIE LINKE ist Gesundheit keine Ware, sondern eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Deshalb streitet sie für ein sozial gerechtes, solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem, in dem auch die Beschäftigten für ihre Arbeit so entlohnt werden, dass sie von ihrer verantwortungsvollen Arbeit leben können und angemessene Wertschätzung erfahren.

Die notwendige medizinische Versorgung von obdachlosen Menschen, Geflüchteten und Menschen in besonderen sozialen Notlagen gehört zu den Menschenrechten. Einen besonderen Schwerpunkt sieht DIE LINKE in der Sicherung der kinderärztlichen Versorgung im Bezirk.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf tritt dafür ein, dass der Bezirk seine Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk ausgestaltet, Gesundheitsförderung und Prävention in den Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Arbeit stellt, im bundesweiten Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit mitarbeitet und den kommunalen Partnerprozess mitgestaltet, der auf die gesamte Lebensspanne ausgeweitet und in „Gesundheit für alle“ umbenannt wurde.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf steht für

- die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes mit allen seinen Diensten und des „Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung“,
- eine Stärkung der Mobilitätsdienste,
- die Ausgestaltung der Netzwerkarbeit für Gesundheit, wie das Netzwerk „Rund um die Geburt“ und den Interessenverbund „Gesundheit im Alter“,
- eine ganzheitlich gute ambulante und stationäre medizinische Versorgung in Kooperation mit dem Vivantes Klinikum Kaulsdorf, dem Unfallkrankenhaus Berlin, der Augenklinik Marzahn und den ambulanten Gesundheitszentren.

### **Keine Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen!**

DIE LINKE versteht alle Menschen als gleichberechtigte Individuen unabhängig von ihrem Geschlecht und Alter, ob mit oder ohne Behinderung.

Ziel ihres Wirkens ist die Realisierung einer umfassenden Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als Querschnittsaufgabe für den Alltag in allen Bereichen. DIE LINKE stellt sich gegen jegliche Form der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen.

Für Marzahn-Hellersdorf bedeutet das u.a. konkret,

- Voraussetzungen zu schaffen, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme am politischen Geschehen wie dem Bürgerhaushalt zu ermöglichen,
- die Arbeit des Behindertenbeirates zu verstetigen und aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen,
- einen barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Parks, Straßen, Wegen und Plätzen, bei Veranstaltungen des Bezirksamtes und in seinen Freizeiteinrichtungen inklusive dem Gebärdendolmetschen sowie der barrierefreien Internetpräsenz zu sichern,
- dass Unternehmen im Bezirk die Beschäftigungsquote von mindestens 6 % für Menschen mit Schwerbehinderungen erfüllen,
- dass bei allen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen Bedingungen geschaffen werden, die auch Menschen mit Behinderungen die Teilnahme ermöglichen,
- dass hohe Pflegestandards von qualifizierten Betreuerinnen und Betreuern eingehalten werden und das Recht von Menschen auf gleichgeschlechtliche Assistenz beachtet wird.

In den Fachausschüssen der BVV wird DIE LINKE dies einfordern und fordert ausdrücklich den Erhalt der Behindertenwerkstätten unter der Maßgabe einer angemessenen Bezahlung sowie die Schaffung weiterer Angebote im Bereich Freizeit und Arbeit, um Menschen generationsübergreifend mit und ohne Behinderung zusammenzuführen und ihnen die volle soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

## II. MARZAHN-HELLERSDORF – EIN LIEBENSWERTES ZUHAUSE FÜR ALLE

Die Bedürfnisse zum Leben und Wohnen ändern sich. Es kommen junge Familien hierher. Die Dorfkerne und Siedlungsgebiete wurden und werden städtisch verdichtet.

Moderne und soziale Stadtentwicklung orientiert sich an den Quartieren, in denen die Menschen wohnen. Den Stadtteilzentren kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

Sie müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit den freien Trägern die besonderen Herausforderungen zu bewältigen, die mit der Einrichtung von Gemeinschafts- und Notunterkünften für Geflüchtete entstanden sind. Die langfristige Integration von Geflüchteten in unseren Stadtbezirk ist ohne die sofortige und wirksame Stärkung der Stadtteilzentren nicht zu gewährleisten. Besonders wichtig ist es, eine verlässliche Finanzierung des „wachsenden Bezirkes“ Marzahn-Hellersdorf durch das Land Berlin herzustellen. DIE LINKE fordert, die Aufgaben zwischen den Bezirken und dem Land Berlin gerechter zu verteilen.

Auch im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes schlägt DIE LINKE in Berlin vor, insbesondere in Bussen und Bahnen sowie auf Bahnhöfen im öffentlichen Nahverkehr mit zusätzlichem Personal für Sicherheit zu sorgen, die Polizei angemessen auszustatten und wieder mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen.

### **Gutes Wohnen soll bezahlbar bleiben – für eine soziale Stadt- und Wohnungspolitik**

Für DIE LINKE bleibt bezahlbares und gutes Wohnen in allen Teilen des Bezirks eine zentrale kommunalpolitische Herausforderung.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Preisentwicklung bei Kaltmieten und Betriebskosten der allgemeinen Preisentwicklung (Inflation) angepasst wird und Modernisierungszuschläge betriebswirtschaftlich transparent gemacht werden.

Wohnungsneubau ist auch in Marzahn-Hellersdorf erforderlich, um die Anforderungen an eine moderne Großstadt zu erfüllen und gleichzeitig die „soziale Mischung“ zu erhalten.

Dazu zählen familiengerechter, altersgerechter und barrierefreier Wohnraum.

Die Wohnungen müssen in erforderlichem Umfang zu bezahlbaren Mieten angeboten werden. Bezahlbare Wohnungen müssen in größerem Umfang auch für Geflüchtete bereitgestellt werden.

In allen Stadtteilen und Wohnquartieren geht es um die Erhaltung und den Ausbau der Wohnungsbestände und der soziokulturellen Infrastruktur, das heißt von Orten der Begegnung. Der Anspruch der LINKEN ist eine soziale Wohnungspolitik in der Stadt Berlin und eine verbesserte Abstimmung und Koordinierung der hierbei im Bezirk zu realisierenden Aufgaben.

### **Die Platte lebt!**

Die Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf sind Wohngebiete mit guten Wohnverhältnissen und bezahlbaren Mieten. Ihre Zukunftschancen sind groß, wenn die Bestände gut gepflegt und weiterentwickelt werden. Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen, weitreichende Hilfs- und Servicedienste, eine weiterhin beispielhafte Wärmeenergiebilanz der Gebäude sind die Herausforderungen. Ebenso sind wohnortnahe Schulen, Kitas, Sozial- und Jugendeinrichtungen unabdingbar.

Nicht die Bauweise der Häuser ist entscheidend, sondern die Umsetzung solcher Ziele.

DIE LINKE ist für weiteren Wohnungsbau auch in den Großsiedlungen. Standorte sind dafür vorhanden. Aus ökologischer und wirtschaftlicher Vernunft gibt es keine Alternative zum Geschosswohnungsbau und auch nicht zu industriell vorgefertigten Bauweisen. Wenn die Stadt weiter wächst, muss sie vor allem in die Höhe wachsen.

DIE LINKE unterstützt eine enge Zusammenarbeit mit und zwischen den städtischen Wohnungsunternehmen DEGEWO und Stadt und Land, den Wohnungsgenossenschaften und anderen Wohnungseigentümern. Die LINKE ist für aktive Mieterbeiräte. Hierbei gilt weiter unsere alte Forderung: „Mieter in den Aufsichtsrat“ der städtischen Wohnungsunternehmen.

Die LINKE setzt sich für den Ausbau der Demokratie und Mitbestimmung in Wohnungsgenossenschaften ein. DIE LINKE setzt sich weiterhin für starke und aktive Zentren in der Großsiedlung ein.



Sie erwartet vom Bezirksamt und von den ansässigen Eigentümern eine enge und verbindliche Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Zentren wie Helle Mitte, Helene-Weigel-Platz, Marzahner Promenade. Hierzu können Runde Tische gute Arbeit leisten.

### **Dorfkerne und Siedlungsgebiete - Teil der modernen Großstadt**

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat Anteil am größten zusammenhängenden Einzelhaussiedlungsgebiet Deutschlands. Für DIE LINKE ist in den Siedlungsgebieten weiterhin der Ausbau der sozialen Infrastruktur ein Schwerpunkt.

- Es geht um Kitas, Schulneubauten, einen funktionierenden Nahverkehr aber auch um ein Bürgerhaus in Mahlsdorf-Süd.
- Dazu gehört der Anschluss an ein hauptstädtisch zu nennendes Breitbandnetz. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Großteil der Mittel des Landes Berlin für den Ausbau des Breitbandnetzes in den nächsten Jahren auch in konkrete Projekte in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf fließt.
- Auch die schrittweise Verbesserung vieler Straßen bleibt ein Schwerpunkt. DIE LINKE fordert die Erarbeitung eines bezirklichen Straßenzustandskatasters und auf dieser Grundlage die Erstellung eines Planes zum schrittweisen Abbau des Sanierungsstaus und zum Straßenausbau.
- Der Bau der Tangentialen Verkehrsverbindung Ost (TVO) auf Schiene und Straße soll eine Entlastung für die Verkehrssituation der Siedlungsgebiete und eine Verbesserung der Erreichbarkeit der Wirtschaftsgebiete im Norden, aber keine neuen Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner bringen. Deshalb unterstützt DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf bei der Straßen-TVO sowohl eine verschwenkte Trassenführung als auch die Forderung, unnötige Anbinderstraßen zu vermeiden.
- Zu vordringlichen Aufgaben gehören die Verkehrslösung im Ortsteilzentrum Mahlsdorf und die Erneuerung der Lemkestraße.
- Zur Sicherung der Wohnqualität, aber auch aller baulicher Anlagen, ist ein funktionierendes Grundwassermanagement notwendig.

### **III. MEHR DEMOKRATIE!**

DIE LINKE steht für die Entwicklung und Stärkung der Bürgerkommune.

Die Lebensfähigkeit der Demokratie in Berlin zeigt sich in seinen Bezirken und Kiezen.

DIE LINKE. fordert die frühe und rechtzeitige Bürgerbeteiligung an allen relevanten Entscheidungen. Dazu gehört eine regelmäßige Information der Bürgerinnen und Bürger durch das Bezirksamt in mindestens einmal jährlich durchzuführenden Bürgerversammlungen. Das betrifft besonders die Vorstellung und Diskussion des Haushaltsplanes.

Die Personalausstattung der bezirklichen Verwaltungen ist den Bedürfnissen des wachsenden Bezirkes anzupassen. Zu einem attraktiven Bezirk gehört ein leistungsstarker Öffentlicher Dienst, der die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner erfüllt und den anstehenden Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht wird. Das vom SPD/CDU-Senat verordnete Personalabbaukonzept ist zu beenden.

DIE LINKE sieht in dem weiteren Ausbau der Bürgerämter, der Sicherung der sozialen Stadtteilzentren, der Ausstattung der Sozialeinrichtungen, der Jugendfreizeitstätten und der Kultureinrichtungen entscheidende Voraussetzungen für gute soziale Infrastruktur.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Online-Bürgeramt geschaffen wird. Viele Dienstleistungen der bezirklichen Verwaltung können online abgewickelt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieses Angebot weiterentwickelt wird. Das Angebot zur verschlüsselten Übermittlung von Informationen an die bezirkliche Verwaltung soll ausgebaut werden.

### **Bürgerhaushalt weiterentwickeln**

DIE LINKE steht für die Weiterführung und umfassende Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes. Dazu zählt, dass Vorschläge künftig ganzjährig eingereicht werden können. Dafür soll eine mobile Anwendung (App) entwickelt werden.

Das umfasst aber auch die regelmäßige Berichterstattung über die Ergebnisse und den Stand der Realisierung der beschlossenen Aufgaben und ernsthafte Beantwortung von Fragen, gegebenenfalls durch erneute Prüfung oder Korrektur am Vorhaben.

Viele Vorschläge zielen darauf ab, mit kleinen Maßnahmen Kieze aufzuwerten. Vorschläge, die keine langfristige Planung brauchen und aus der laufenden Haushaltswirtschaft finanziert werden können, sollten aus Sicht der LINKEN vor Ort in den Stadtteilen von demokratisch gewählten Bürgerjurys bewertet und umgesetzt werden.

Mit dem Bürgerhaushalt will DIE LINKE den Ansatz, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben, weiter ausbauen. Mit der Ausweitung des Bürgerhaushalts auf die Schulen im Bezirk möchte sie den Schülerinnen und Schülern durch die Bereitstellung eines festen Budgets die Möglichkeit geben, mit ihren Ideen ihr schulisches Umfeld zu verändern, und dabei demokratische Prozesse erlebbar machen.

### **Direkte Demokratie im Bezirk ausbauen**

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- dass Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen durch das Bezirksamt künftig jährlich organisiert werden,
- dass auf Landesebene die Hürden und Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide abgesenkt und davor Einwohneranträge als erste Stufe möglich werden,
- dass die Möglichkeiten der Bürgerfragestunde in der BVV noch stärker öffentlich gemacht werden,
- dass das Quartiersmanagement im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“ zu demokratisieren. DIE LINKE schlägt vor, die Erfahrungen der Quartiersverfahren bei der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen über das Quartier zu nutzen und zu verallgemeinern. Demokratisch gewählte Quartiersräte sollen aus Bewohnerinnen und Bewohnern bestehen. Sie müssen ein Gremium der Bürgermitbestimmung bei allen quartiersrelevanten Entscheidungen werden, dass die Transparenz von Verwaltungsentscheidungen durchgängig und für die Bürgerinnen und Bürger nachprüfbar gewährleistet wird und bürokratische Verfahrenshürden abgeschafft werden.
- dass die Stadtteilzentren als Netzwerke zwischen Politik und den anderen Akteuren im Stadtteil gestärkt werden,
- dass Mieter Aufsichtsräte in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden können,
- dass die Beiräte für Integration und Migration, zu Gleichstellungsfragen und Menschen mit Behinderungen und deren inhaltliche Arbeit stärker in die Arbeit der BVV und deren Ausschüsse einbezogen werden,
- dass die Seniorenvertretung des Bezirkes in allen Fachausschüssen mit beratender Stimme teilnehmen kann,
- dass die Personalräte und Interessenvertretungen vor wichtigen Entscheidungen der bezirklichen Entwicklung und des Haushaltes einbezogen werden.

### **Aufbruch ins digitale Zeitalter**

Damit der Zugang zum Internet möglichst vielen Menschen ermöglicht wird, setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass auch in Marzahn-Hellersdorf frei verfügbare WLAN-Hotspots im Rahmen des Projektes des Berliner Senats „Freies WLAN für Berlin“ eingerichtet werden. Außerdem unterstützt DIE LINKE die Freifunk-Community und hilft somit eine freie und für alle Menschen zugängliche Internet-Infrastruktur aufzubauen. Es sollen möglichst unentgeltlich geeignete bezirkliche Dachflächen zur Vernetzung bestehender Freifunkknoten bereitgestellt werden. Ein niedrigschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten zu verwirklichen und zu fördern, ist entscheidend für die Teilhabe an der Gesellschaft und deren Mitgestaltung.

Um Medienkompetenz zu stärken und das Bewusstsein für Datenschutz zu erhöhen, setzt sich DIE LINKE für entsprechende Angebote an Schulen, Volkshochschulen und Jugendfreizeiteinrichtungen ein. Auch sollen Angebote zum Umgang mit und zur Prävention von Cyber-Mobbing gefördert werden.

Um die Transparenz bezirklichen Verwaltungshandelns zu erhöhen, setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass der Bezirk eine umfassende digitale Informationsstrategie unter Einbeziehung der sozialen Medien entwickelt. Die Privatisierung von Daten der Bürgerinnen und Bürger durch Veräußerung als Geschäftsmodell lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab.

## **Zivilgesellschaft stärken**

Viele Menschen sind im Bezirk in den Jugendfreizeitstätten, in den Schulen, in den Kultureinrichtungen und Stadtteilzentren, für Jung und Alt, in Umweltverbänden, Selbsthilfegruppen sowie in Sportvereinen ehrenamtlich tätig. Sie werden so zum Impulsgeber für einen lebenswerten Bezirk. Von diesem bürgerschaftlichen Engagement profitieren alle, gerade auch in Bereichen, wo staatliche Strukturen teilweise versagten. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagieren sich seit Langem für sozial Benachteiligte und in den letzten Monaten auch für die Schaffung von menschenwürdigen Bedingungen für Flüchtlinge und Zuwanderer.

Die jährliche Würdigung von Menschen im Ehrenamt durch die BVV soll fortgesetzt werden, die materielle Absicherung für die Arbeit Ehrenamtlicher und Freiwilliger ist zu verbessern. DIE LINKE tritt für Fortführung und Stärkung der Freiwilligenagentur ein.

Sie unterstützt Kooperationen zwischen freien Trägern, Kulturschaffenden und anderen mit Schulen und berufsbildenden Einrichtungen im Bereich der kulturellen Jugendbildung.

## **Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt!**

Für DIE LINKE im Bezirk ist das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Wurzeln ein Grundkonsens. Wir verstehen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit ihren unterschiedlichen kulturellen Lebensweisen als Chance und Bereicherung für unseren Bezirk.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Anstrengungen für Integration besonders dort verstärkt werden, wo Vorbehalte gegen ein unvoreingenommenes und respektvolles Zusammenleben aller Menschen in unserem Bezirk bestehen. Dabei ist gelebte Nachbarschaft wichtig, die von uns gemeinsam mit Wohnungsunternehmen, kommunalen und freien Trägern oder dem Quartiersmanagement unterstützt wird.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf unterstützt:

- die Arbeit des Bezirklichen Bündnisses für Demokratie und Toleranz,
- die stadtteilbezogenen Aktionen im Rahmen der „Partnerschaften für Demokratie“,
- die Fortsetzung aller Angebote der Jugendförderung, die rassistischen und faschistischen Denkmustern entgegenwirken,
- die Wiederbelebung des Projektes „MUT gegen rechte Gewalt“ und die bezirkliche Förderung von Gedenkstättenfahrten,
- die Einführung eines bezirklichen, öffentlich zugänglichen Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf,
- die Weiterführung der bezirklichen Veranstaltung für Menschenwürde, gegen Gewalt und Rechtsextremismus unter dem Motto „Schöner leben ohne Nazis, am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ und des „Fests der Nachbarn“ auf dem Marzahner Victor-Klemperer-Platz,
- die Wiederbelebung der Veranstaltung „Lesen gegen das Vergessen“,
- Projekte, die den offenen Diskurs zum Umgang mit Rechtsextremismus fördern,
- Projekte, die der Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes dienen und an Schicksale von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk während der Naziherrschaft erinnern, wie das Verlegen von „Stolpersteinen“,
- die Aufrechterhaltung des Gedenkens an das ehemalige Sinti-und-Roma-Zwangslager Berlin-Marzahn an der Otto-Rosenberg-Straße,
- die Würdigung des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus und den Erhalt des Haus des 21. April 1945 Landsberger Allee 563 als Gedenkstätte.

Gedenkstätten im Bezirk, so auf dem Parkfriedhof am Wiesenburger Weg, dem Haus in der Landsberger Allee und dem Gedenkort Brodauer Straße in Alt-Kaulsdorf nutzt DIE LINKE gemeinsam mit anderen Antifaschisten, um die Opfer des Faschismus, unter ihnen Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Sinti und Roma, zu ehren.

## Zugang für alle zu Kultur und Kunst

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass es für alle Menschen Kulturangebote gibt, für alle Generationen und alle Einkommensgruppen. Kultur ist Bildung und muss als öffentliche Aufgabe verstanden werden.

- DIE LINKE hat in Berlin das „Kulturticket“ durchgesetzt, mit dem öffentlich geförderte Kultureinrichtungen für nur 3,- € besucht werden können.
- DIE LINKE unterstützt das Projekt Kulturleben e.V., welches im Bezirk Zugang zu Theater und Kunsterlebnissen für jene ermöglicht, die sich diese Angebote finanziell nicht leisten können.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bei der IGA die geplanten Ermäßigungen auf den Eintrittspreis ausgebaut werden.
- Für Menschen mit Behinderungen und Ältere sollen Kulturangebote günstig und barrierefrei zugänglich sein.

In den letzten Jahren hat sich Marzahn-Hellersdorf zu einem spannenden, kulturell vielfältigen und für Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende verschiedenster Disziplinen und damit auch für Unternehmen der Kulturwirtschaft attraktiven Standort weiterentwickelt. Dabei sind neue Projekte, wie die Ansiedlung von Atelierräumen in Ladenlokalen oder die Schaffung neuer Orte für Eventkultur zu den schon bisher vorhandenen Angeboten hinzugekommen. DIE LINKE möchte diese Entwicklung fördern. Projekte, die hier neue Kulturorte initiieren und bestehende Einrichtungen weiter voranbringen, sind wichtige Standortfaktoren für den Bezirk und brauchen Unterstützung durch Förderberatung und Vernetzung. Atelierräume und Werkstätten müssen gesichert werden, da sie als kulturelle Infrastruktur keine Zwischennutzung darstellen, sondern einen wesentlichen Beitrag leisten für das Lebensgefühl im Stadtteil.

Förderung vor Ort bedeutet, dass auch mehr Landesprogramme im Bezirk für die bezirklichen Künstler zur Verfügung stehen. Die Mittel der bezirklichen Kulturförderung müssen aufgestockt werden, auch die Projekte für kulturelle Bildung in den Schulen und Kindertagesstätten brauchen mehr Unterstützung, Beratung und Anbindung an den Bedarf vor Ort. Aus der Situation der prekären Arbeitsverhältnisse heraus sind wenige Kunstproduzenten in der Lage, sich auch wirtschaftlich eine Perspektive zu schaffen.

DIE LINKE fordert, dass Projekten aus dem Bezirk eine Beratung zur Seite gestellt wird, die auf eine eigenständige berufliche Perspektive zielt.

Die freie Trägerlandschaft stellt die Breite und Vielfalt der kulturellen Angebote im Bezirk sicher. Ihren Fortbestand zu sichern und ihre Förderung zukunftsorientiert auszubauen, ist eine zentrale linke kulturpolitische Forderung. Den freien Trägern muss Planungssicherheit für mehrere Jahre im Voraus ermöglicht werden. Investitionen in die Kulturstandorte, die nötigen Tarifsteigerungen sowie die Einplanung von ausreichenden Mitteln für den baulichen Unterhalt der kulturellen Infrastruktur müssen möglich sein. Marzahn-Hellersdorf übt als Randbezirk eine wichtige Brückenfunktion zwischen dem Umland Berlins und den zentralen Bereichen der Metropole aus. Diese Funktion der Anziehung und Vermittlung zwischen Hauptstadt und ländlich geprägter Kultur soll gestärkt werden. Eine bessere Werbung und Präsentation der bezirklichen Kultur in den Nachbarbezirken und in der Innenstadt muss möglich und finanzierbar sein.

Kultur braucht feste Häuser und solide Arbeitsbedingungen. Die Förderung der Häuser muss auf eine verlässliche Basis gestellt werden und planbar sein.

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass längst überfällige Sanierungen wie z.B. beim Kulturforum Hellersdorf, dem KulturGut Marzahn und dem Theater am Park endlich durchgeführt werden.
- DIE LINKE betrachtet das Freizeitforum Marzahn als offenes Haus für alle Generationen, das Kultur, Sport, Bildung, Jugendfreizeit und Erholung für alle Bürgerinnen und Bürger bietet. Sie lehnt die Nutzung der Mehrzweckhalle und den Ausbau weiterer Räume ausschließlich als „Frauensporthalle“ ab und tritt für eine breite Förderung des Frauensports in allen Stadtteilen und Vereinen vor Ort ein. Bestehende Orte sollen gestärkt und in ihrem Profil gefestigt werden.
- DIE LINKE hat den Wiederaufbau von Schloss Biesdorf maßgeblich forciert. Mit dem Bilderschloss entsteht ein Zentrum für Kunst und ein Treffpunkt für Kunstfreunde aus ganz Berlin ebenso wie für Kunstakteure aus dem Bezirk.
- Neu entstehende Kulturorte, wie z.B. die Bühnen auf dem IGA-Gelände, sollen nach der IGA ab 2017

weiterbetrieben und für die Interessierten offen zugänglich sein.

- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bei den Planungen zum Standort des ehemaligen Kinos Sojus mit Eigentümer und Investoren der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Nutzung mit Kino und Kultur Berücksichtigung findet. Eine reine Einkaufsmeile ist daher unakzeptabel!
- DIE LINKE tritt dafür ein, die Arbeit des Bezirksmuseums personell besser abzusichern.

### **Musikschulen, Bibliotheken und Volkshochschule unterstützen**

Sie erfüllen einen Bildungsauftrag. Für viele Menschen im Bezirk sind neben Schule und Beruf Musizieren, Lernen und künstlerische Betätigung sehr wichtig. Zusatzqualifikation kann wohnortnah erworben werden, Sprachkurse und politische Bildung vermitteln Wissen. Die beschäftigten Lehrkräfte sind hoch qualifiziert, doch als freie Mitarbeiter können viele von ihnen ohne staatliche Unterstützung nicht leben und gehen auf die Altersarmut zu. Dieser Skandal gehört abgeschafft!

- DIE LINKE schließt sich der Forderung an, die Lehrenden an den Musikschulen als feste Kräfte zu führen und die Stellen dementsprechend einzurichten.
- Bei der Personalplanung der wachsenden Metropole ist der Personalbedarf im Kulturbereich mit zu berücksichtigen – insbesondere sind mehr Stellen für Sprachkurse und ausreichend Servicepersonal an der Volkshochschule vorzuhalten.
- Die musikalische Früherziehung im Bezirk bietet eine Kooperationsvereinbarung mit jeder Kindertagesstätte – sodass an allen Kitas dieses Angebot kostenfrei für die Eltern angeboten werden kann. Dies soll auch künftig finanziell abgesichert sein.
- Die bezirkliche Volkshochschule muss ertüchtigt werden, damit der Standort in Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen wie der ASH zu einem Zentrum für interkulturelles Lernen werden kann.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die erfolgreich in Angriff genommenen Strukturveränderungen in den Bibliotheken praktisch umgesetzt werden, dass das vorhandene Netz an gut erreichbaren Standorten in allen Ortsteilen erhalten wird und endlich auch im Siedlungsgebiet entsprechend dem Bedarf moderne Bibliotheken entstehen können.

### **Ein vielfältiges Sportangebot fördern!**

Sportangebote sind für Kinder, Frauen und Männer, Alte und Junge zu fördern – in allen Bereichen des Sports! Der Erhalt wohnortnaher Sportstätten ist daher eine vorrangige Forderung der LINKEN. Das betrifft vor allem den Freizeitsport. Die Förderung von Vereinen muss transparent und auf Grundlage des Sportförderungsgesetzes erfolgen. Aber auch im Schulsport muss es wieder zur Selbstverständlichkeit werden, dass Kinder in ihrer Schule im Unterricht und außerunterrichtlich regelmäßig Sport treiben können!

- DIE LINKE fordert die seit Jahren überfällige Errichtung eines für alle bezahlbaren Freibads durch Neubau oder Ausbau bestehender Bademöglichkeiten in der Nähe der Großsiedlungen oder an Seen im Bezirk.
- Vorhandene Sportstätten müssen regelmäßig auf ihre Gebrauchswert erhaltenheit geprüft und bei Bedarf saniert werden. Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen über das Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm und über den Bezirkshaushalt zu schaffen. Die Vergabe der finanziellen Mittel ist transparent und entsprechend dem Bedarf zu gestalten.
- Die Hallenbäder des Bezirks sind zu erhalten und müssen öffentlich und barrierefrei zugänglich bleiben.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die für Geflüchtete genutzte Turnhallen schnellstmöglich wieder für den Vereinssport zur Verfügung stehen und den Geflüchteten geeignetere Unterkünfte bereitgestellt werden.
- Die Arbeit des Sportmuseums gehört zu den besonderen Angeboten des Bezirks und muss weiter gefördert werden.

DIE LINKE meint: Das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen, insbesondere das von Übungsleiterinnen und Übungsleitern, verdient eine größere Aufmerksamkeit. Bei der Ausrichtung großer Wettkämpfe und Turniere sind die Vereine angemessen zu unterstützen.

## **IV. MARZAHN-HELLERSDORF – NACHHALTIG UND GRÜN**

### **Chancen für die Wirtschaft in der Region stärken**

Marzahn-Hellersdorf schafft die Voraussetzungen für die Gründung und Ansiedlung innovativer Wirtschaftsunternehmen. Dazu gehört eine moderne Infrastruktur innerhalb der Gewerbegebiete. Dabei unterstützt DIE LINKE insbesondere die schon unter dem „rot-roten“ Senat eingeleitete Entwicklung des Clean Tech Business Parks.

Ebenso befürwortet sie die Entwicklung regionaler Kooperationen von Unternehmen, zum Beispiel rund um die Gesundheit, im Tourismus, in der Wohnungswirtschaft und wohnungsnahen Dienstleistungen. Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Stadtraumes „eastside“ und mit dem Brandenburger Umland ist weiter zu entwickeln, und weitere Möglichkeiten zur Kooperation sind zu erschließen.

Nahezu 90 % aller Unternehmen im Bezirk sind kleine und kleinste Betriebe.

Ihre Existenz zu ermöglichen und zu unterstützen ist auch eine soziale Aufgabe von Wirtschaftspolitik. Dazu gehören eine aktive Bestandspflege und die niedrigschwellige Bereitstellung relevanter Informationen ebenso wie eine Vergabepolitik der Verwaltung, die heimischen Unternehmen im Rahmen der Möglichkeiten des Vergaberechtes die Erlangung und Realisierung von Aufträgen erleichtert. Dabei ist der jährliche Vergabericht ein wichtiges Kontrollinstrument.

Politisch unterstützt DIE LINKE die Forderung vieler kleiner Unternehmen nach Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK.

DIE LINKE wird das Marzahn-Hellersdorfer Unternehmerfrühstück als Forum für Informationen „aus der erster Hand“ und regen Gedankenaustausch weiterführen.

### **Marzahn-Hellersdorf – eine „grüne Stadt“ mit Zukunft**

DIE LINKE setzt sich für den Schutz und die Verbesserung des Klimas, des Wasserhaushaltes, der Wasserqualität und der Böden ein. Wichtige konkrete Maßnahmen sind:

- der Schutz und die ökologische Aufwertung von gefährdeten Biotopen, Grünanlagen und Kleingärten sowie die Gewährleistung des Biotopverbundes,
- die Begrenzung der Neuversiegelung, ein ökologisches Wassermanagement,
- die Wiedervernässung von Feuchtgebieten,
- die Senkung der stofflichen Belastung des Wassers,
- eine fachgerechte Pflege der Grünanlagen, Förderung der urbanen Landwirtschaft.

DIE LINKE steht für eine „Stadt der kurzen Wege“. Sie setzt sich dabei insbesondere für eine flächensparende, energetisch zukunftsfähige und sozial verträgliche Bebauung, eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Art und Weise des Verkehrs, der Energieerzeugung, -übertragung und -nutzung sowie des Wirtschaftens vor Ort ein.

Hierzu gehören Chancen für eine gesunde, ökologisch zukunftsfähige Ernährung und eine umfassende Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie eine nachhaltige Naherholung für alle.

### **Für eine aktive Klimaschutzpolitik**

Wichtig für den Klimaschutz ist die Freihaltung vorhandener Freiflächen von Bebauung, insbesondere nachfolgender Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete:

- der Landschaftsräume Wuhletal und Hönower Weiherkette,
- des Hellersdorfer Hauptgrabens mit der U-Bahn-Trasse Richtung Hönow,
- der Bahnflächen zwischen Biesdorfer Kreuz und Ahrensfelde,
- des sogenannten Berliner Balkons.

Geboten ist ein schonender Umgang mit Boden auch im Rahmen von Bauvorhaben, die Rückhaltung und sinnvolle Nutzung von Wasser, die Sicherung von Feuchtgebieten und Wald, aktive und passive Sonnennutzung bis hin zur Begrünung von Dächern und Fassaden.

DIE LINKE betrachtet das bezirkliche Klimaschutzkonzept ebenso wie das Energiesparkonzept als Teile einer notwendigen kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“, die mit konkreten Maßnahmen, Zeithorizonten und persönlichen Verantwortlichkeiten in allen Teilen der Bezirksverwaltung zu untersetzen ist.

Die Bezirksverwaltung muss bei ihren eigenen Liegenschaften und deren klimaneutraler Umrüstung vorangehen. Wir unterstützen dabei die Arbeit des begleitenden Energiebeirates.

Projekte der Erzeugung bzw. Nutzung erneuerbarer Energien sind zu fördern, die bestehenden Erfahrungen z.B. des Mieterstrommodells von Lichtblick im „Gelben Viertel“ sind auszuwerten sowie weitere Möglichkeiten im Bereich kommunaler Wohnungsunternehmen sowie des Stadtwerks zu unterstützen. Ebenso befürworten wir die Verwendung nachhaltiger, energieeffizienter Baustoffe und Verfahren bei privaten und öffentlichen Bauvorhaben.

### **Umwelt- und Naturschutz haben hohen Stellenwert**

Marzahn-Hellersdorf ist beteiligt an der Umsetzung der Berliner Strategie zum Schutz und der Förderung der biologischen Vielfalt.

DIE LINKE unterstützt die Umsetzung der Vorhaben der „Strategie 2020“ im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“. So wie die „Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt“ setzt auch die bezirkliche „Strategie 2020“ auf erreichbare Ziele.

Von der Internationalen Gartenausstellung 2017 müssen weitere Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des Landschaftsraumes und des Stadtgrüns ausgehen. Hierzu gehören eine ökologische Aufwertung des Kienbergs durch einen naturnahen Waldumbau, die Umsetzung von Konzepten einer nachhaltigen urbanen Landwirtschaft sowie wirksame Maßnahmen der Umweltbildung und -erziehung.

Der Schutz, der Erhalt und die nachhaltige Entwicklung des Wuhletals und seiner Ökosysteme ist eine vordringliche Aufgabe. Daher fordert die LINKE die Fortsetzung der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Einzugsgebiet der Wuhle einschließlich des Biesdorf-Marzahner Grenzgrabens unmittelbar nach Abschluss der Internationalen Gartenausstellung 2017.

Weiterhin kämpft DIE LINKE für den Schutz der Hönower Weiherkette beim Ausbau der L33 / Fortsetzung der Landsberger Allee. Ein die Weiherkette beschneidender südlicher Radweg ist zu verhindern.

DIE LINKE fördert das ehrenamtliche Engagement im Naturschutz und in der Umweltbildung sowie das bürgerschaftliche Engagement für Ideen wie des „urban gardening“ oder der „Essbaren Stadt“. Die Erfahrungen anderer Bezirke Berlins sind auszuwerten. Nach Möglichkeit sind weitere Ersatzflächen bzw. Flächen zur spontanen Nutzung im Rahmen des „urban gardening“ zu schaffen.

DIE LINKE befürwortet den Erhalt, die Erweiterung und die planungsrechtliche Sicherung der Kleingartenanlagen.

### **Mobilität für alle - für ein nachhaltiges Verkehrskonzept**

Mobilität ist Grundlage für die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher ist der demokratische, ökologische und barrierefreie Zugang zu Mobilität fester Bestandteil der Daseinsvorsorge sowie eine zentrale Herausforderung für Stadtentwicklung und Verkehrsplanung der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bahnen und Bussen muss aus Sicht der Partei DIE LINKE in öffentlicher Hand und öffentlicher Kontrolle bleiben.

Gefragt ist eine nachhaltige Verkehrspolitik, die sich an der demografischen Entwicklung und den veränderten Verkehrsbedürfnissen orientiert. Viele Wege im Nahbereich werden jetzt schon zu Fuß oder auf dem Rad zurückgelegt. DIE LINKE setzt sich für die Überarbeitung des verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes in Marzahn-Hellersdorf ein.

Die schrittweise Umsetzung sicherer, an Übergängen und bei wichtigen Verkehrsbeziehungen barrierefreier Fußwege, die durchgängige Markierung von Fahrradspuren bzw. -wegen haben für DIE LINKE eine hohe Priorität. Dazu sollen Lücken bei Radspuren oder -wegen geschlossen werden, schrittweise eine fahrradgerechte Infrastruktur aufgebaut und das überfällige Radwegkonzept erstellt werden.

Zur Entwicklung weiterer Möglichkeiten der Naherholung gehört die Ausweitung des Wandernetzes um eine Verbindung vom Wuhletal über die Dammheide und die Waldpromenade ins Erpetal.

DIE LINKE sieht in Anschlusssicherheit und Zuverlässigkeit für die Nutzerinnen und Nutzer den Maßstab eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrs.

- Eine weitere Ausdünnung des Netzes und der Taktichte durch BVG und S-Bahn ist nicht hinzunehmen, eine Verdichtung der Takte ist anzustreben. Das Metrolinienangebot der BVG muss stabilisiert werden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist eine flexible Bedienung von Kiezen durch Rufbusse oder Linientaxen zu ermöglichen. Die Linienführung der Busse in den Siedlungsgebieten ist zu verbessern.
- Für eine verbesserte Kommunikation zwischen Verwaltung und Verkehrsunternehmen einerseits sowie Verkehrsträger und Fahrgästen resp. Bürgerinnen und Bürgern andererseits ist die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Öffentlicher Nahverkehr nach nachvollziehbaren Kriterien transparent zu gestalten.
- Der Regionalverkehr auf der Schiene ist durch die schnelle Fertigstellung des Regionalbahnhaltes in Mahlsdorf sowie die Durchsetzung eines 30-Minuten-Taktes auf der sogenannten Wriezener Bahn attraktiver zu gestalten.

Die Wiederaufnahme und Weiterführung der Planungen von Straßenbahntrassen zwischen Marzahn-Nord und Falkenberg sowie zwischen Mahlsdorf und Riesaer Straße sieht DIE LINKE als wichtigen Beitrag zum Ausbau des ÖPNV.

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf fordert die Berliner und Brandenburger LINKE auf, einen steuerfinanzierten fahrscheinlosen ÖPNV im Bereich ABC auf die politische Tagesordnung zu setzen.

DIE LINKE fordert gleichermaßen den Bau der Tangentialverbindung Ost (TVO) auf Straße und Schiene (Nahverkehrstangente). DIE LINKE fordert daher, die Planung der Straßen-TVO mit der Planung der Nahverkehrstangente auf der Schiene zu verbinden. Sie will so schnell wie möglich eine Anbindung sowohl der Großsiedlung als auch der Siedlungsgebiete an das Regionalschnellbahnnetz.

- Mit dem Bau der TVO ist zugleich ein wirkungsvoller Lärmschutz für alle Anwohnerinnen und Anwohner umzusetzen. Das gilt neben Biesdorf Süd auch für die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Märkischen Allee sowie der Bahntrasse des Berliner Außenringes im Bereich Springpfuhl.

DIE LINKE fordert darüber hinaus eine öffentliche und transparente Erarbeitung von Lärminderungsplänen und deren Umsetzung mit dem Land Berlin.

Für die Umsetzung der Ortsumfahrung Ahrensfelde fordert DIE LINKE eine schnelle und an den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Nord und Ahrensfelde orientierte Variante der Ortsumfahrung. Hierbei müssen Lärmschutz und die Verbundenheit der Ortsteile entscheidend berücksichtigt werden. Es darf keine Zerschneidung von Marzahn-Nord und Ahrensfelde durch eine offene vierspurige Autotrasse geben.

Die Förderung von umweltverträglicher Mobilität ist Teil eines notwendigen Umbaus der Energie- und Verkehrswirtschaft hin zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Durchsetzung ressourcensparenden Wirtschaftens.

DIE LINKE befürwortet

- die Einrichtung eines hinreichenden Netzes von Ladestationen in Marzahn-Hellersdorf für e-Mobilität,
- die Nutzung von e-Mobilität im Bereich der öffentlichen Verwaltung,
- die Einrichtung von Car-Sharing-Stationen auch in Marzahn-Hellersdorf.

## **V. DIE LINKE – BÜRGERNAH UND TRANSPARENT VOR ORT**

DIE LINKE wird auch weiterhin die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren. Sie wird Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit unterstützen und organisieren sowie für ein soziales und solidarisches Miteinander eintreten.



Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN, die sich in politischer Verantwortung im Abgeordnetenhaus, im Bezirksamt oder der BVV befinden, werden für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen zur Verfügung stehen und auch weiter regelmäßig Bürgersprechstunden durchführen. Sie werden weiterhin interessierten Bürgerinnen und Bürgern Stadtteilwanderungen und Kiezspaziergänge anbieten und durch Anhörung von Vereinen, Gewerkschaften, Verbänden und Unternehmen die Tätigkeit der Fraktionen im Abgeordnetenhaus und der BVV sowie des Bezirksverbandes qualifizieren.

Die Linksfraktion in der BVV wird wie bisher in öffentlicher Sitzung tagen und Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit geben, um über sie bewegende Themen zu reden. Durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit über das Internet, die lokalen Medien und die Zeitung „Linksfraktion Aktuell“ wird umfassend über die kommunalpolitische Arbeit informiert.

Mit einem eigenen Online-Portal will die Linksfraktion Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, Vorschläge für Anträge oder Anfragen einzustellen, die von den Bezirksverordneten in die BVV oder ihre Ausschüsse eingebracht werden.

Ihre Mitarbeit, Ihre Vorschläge zu diesem Wahlprogramm und zur aktuellen bezirklichen Politik sind gefragt, liebe Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfer!

### **Kontaktieren Sie DIE LINKE vor Ort!**

- Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin (Helle Mitte)
- Telefon: 030 5412130
- Telefax: 030 99901561
- E-Mail: [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

### **Sie finden uns auch im Internet:**

- [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**DIE LINKE.**

Marzahn-Hellersdorf